Stadt Kamen

Niederschrift

über die 2. Sitzung
des Haupt- und Finanzausschusses
am Donnerstag, 27. Juni 2002
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:40 Uhr

Anwesend

Ratsmitglieder SPD
- Herr Drescher
- Frau Dyduch
- Herr Etzold
- Frau Filthaut
- Frau Gube
- Herr Hupe
- Herr Kaminski
- Herr Lipinski
- Frau Lungenhausen
- Herr Stahlhut

Ratsmitglieder CDU
- Herr Ebbinghaus
- Herr Hasler
- Herr Hitz
- Herr Kissing
- Frau Middendorf
- Frau Scharrenbach
- Herr Schneider

Ratsmitglieder Bündnis 90/DIE GRÜNEN
- Frau Schneider

Beratendes Mitglied FDP
- Herr Bremmer

Beratendes Mitglied BG
- Herr Lehmann

Ortsvorsteher
- Herr Baumann
- Herr Henning
- Herr Schmidt

Verwaltung
- Herr Brüggemann
- Herr Erdtmann

Herr Flaskamp
Herr Fleißig
Herr Lantin
Frau Schwenzner
Herr Sostmann

Gäste
Herr Muermann

entschuldigt fehlten
Herr Behrens
Herr Madeja

Herr Bürgermeister **Erdtmann** begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Zustellung der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die Sitzung.

Seitens der Verwaltung beantragte Herr Erdtmann die Absetzung des Tagesordnungspunktes A. 18 “Vorschläge für ein mögliches Haushaltssicherungskonzept und Entwicklung der städtischen Finanzlage – Sachstandsbericht der Verwaltung -, hier: Antrag der BG-Fraktion“. Die Verwaltung sei durch Ratsbeschluss vom 13.12.2001 beauftragt worden, bis zur Jahresmitte den Fraktionen einen Vorschlag für ein mögliches Haushaltssicherungskonzept der Stadt Kamen für die Jahre 2003 – 2006 vorzulegen. In Durchführung dieses Ratsbeschlusses sehe die Tagesordnung der Ratssitzung am 04.07.2002 den Tagesordnungspunkt – Grundlagen und Themen für ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) 2003 – 2006 – vor. Aufgrund der Ratskompetenz könne es nicht durch Antrag in gleicher Angelegenheit zu einer Beratung in dem in diesem Falle unzuständigen Haupt- und Finanzausschuss kommen.

Dem Absetzungsantrag wurde einstimmig gefolgt.

Gegen den Antrag der Verwaltung, die Tagesordnung um den TOP “Müllentsorgung in Kamen ab dem Jahre 2003“ – Bericht der Verwaltung – zu erweitern sowie gegen den Antrag der FDP-Fraktion auf Erweiterung der Tagesordnung zum gleichen Thema wurden keine Bedenken erhoben.

Einvernehmlich wurden die Tagesordnungspunkte A. 1 bis A. 3 (neu A. 3 bis A. 5), A. 5 bis A. 9 (neu A. 7 bis A. 11) sowie A. 13 (neu A. 14) ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Ebenfalls Einvernehmen bestand darüber, den Tagesordnungspunkt “Zustimmung zur Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe“ im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln.

Gegen den Vorschlag von Herrn Erdtmann, die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte zu ändern und den Brandschutzbedarfsplan als TOP A. 1 sowie das Innenstadtmarketing-Konzept “Kamen City 2010“ als TOP A. 2 zu behandeln ergaben sich keine Einwände.

Sodann wurde nach folgender geänderter Tagesordnung verfahren:

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Brandschutzbedarfsplan	96/2002
2.	Innenstadtmarketing-Konzept "Kamen City 2010"	125/2002
3.	Erlass einer Satzung über die Veränderungssperre Nr. 9 im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 68 Ka "Im Grund"	94/2002
4.	Bebauungsplan Nr. 19 Ka-Me "Lindenallee / Westicker Straße" hier: Satzungsbeschluss	121/2002
5.	Bebauungsplan Nr. 67 Ka "Schattweg" hier: Satzungsbeschluss	122/2002
6.	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 68 Ka "Im Grund" hier: Aufstellungsbeschluss	91/2002
7.	Jahresabschluss und Lagebericht der Stadtentwässerung Kamen für das Wirtschaftsjahr 2001	100/2002
8.	Jahresabschluss der Städtischen Sparkasse Kamen zum 31.12.2001	110/2002
9.	Entlastung der Organe der Städt. Sparkasse Kamen für das Geschäftsjahr 2001	109/2002
10.	Jahresabschluss der TECHNOPARK KAMEN GmbH zum 31.12.2001	138/2002
11.	Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der TECHNOPARK KAMEN GmbH	139/2002
12.	Beteiligung der Gemeinden zur Krankenhausfinanzierung des Landes hier: Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe	115/2002
13.	Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für die Anschaffung eines Kommandowagens der Feuerwehr hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung	130/2002
14.	Haushaltsbewirtschaftungsmaßnahme Verwaltungshaushalt 2002 hier: Auszahlung Zuschüsse 2002	102/2002
15.	Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für 2003	107/2002
16.	Anregungen und Beschwerden	
16. 1	Bürgeranregung auf Ergreifung von Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in der Straße "Ostenfeldmark"	127/2002
16. 2	Bürgeranregung auf Ergreifung von vorläufigen Maßnahmen zum Schutz von Fußgängern auf der Straße "Schattweg"	137/2002
16. 3	Beseitigung von Gefahrenstellen an Radfahrwegen sowie Rückschnitt an Bäumen und Gehölzen	129/2002
16. 4	Bürgeranregung auf Betreuung von Grundschulkindern nach der Randstundenbetreuung	132/2002

17. Müllentsorgung in Kamen ab dem Jahre 2003

17. 1 Bericht der Verwaltung

17. 2 Antrag der FDP-Fraktion

18. Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1.	Grundstücksangelegenheiten	
1. 1	Grundstücksverträge	
1. 1.1	Grundstückskaufvertrag Stadt Kamen / Frau Alexandra Klause und Eheleute Silvia und Christian Klause vom 02.05.2002 (UR-Nr. 335/2002 des Notars Weskamp in Kamen)	142/2002
1. 2	Bericht über Grundstücksangelegenheiten gem. § 16 Abs. 3 a der Hauptsatzung	
2.	Zwangsverwaltungsverfahren - Bericht der Verwaltung -	
3.	Zustimmung zur Leistung einer außerplanmäßigen Ausgabe	101/2002
4.	Anschaffung einer selbstaufnehmenden, saugenden Kompakt-kehrmaschine für den Fuhrpark des Baubetriebshofes (Ersatz-beschaffung)	105/2002
5.	Aufnahme eines Kommunaldarlehens	116/2002
6.	Aufnahme von Kommunaldarlehen in Höhe von insgesamt 800.000,00 €	69/2002
7.	Befristete Niederschlagung einer rückständigen Unterhaltsforde-rung	78/2002
8.	Unbefristete Niederschlagung einer Geldleistung nach § 25 Woh-nungsbindungsgesetz	71/2002
9.	Öffentliche Verlautbarungen des Islamischen Vereins in Kamen und Umgebung e.V. hier: Antrag der CDU-Fraktion	
10.	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
11.	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. **Öffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

96/2002 Brandschutzbedarfsplan

Herr **Erdtmann** begrüßte als Gast zu diesem Tagesordnungspunkt den Stadtbrandinspektor Herrn Gerd Muermann.

Herr **Brüggemann** führte aus, dass der zur Beratung und Entscheidung vorgelegte Brandschutzbedarfsplan durch die Arbeitsgruppe der Freiwilligen Feuerwehr erarbeitet worden sei. Die Verwaltung sei an den Sitzungen regelmäßig beteiligt gewesen. Der Plan sei ein umfassendes Werk mit der klaren Leitlinie einer Bestandsaufnahme, einer Risikoanalyse und einer Zielbeschreibung auch in der Perspektive. Unter dem Anspruch kommunaler Sicherheitspolitik liege mit dem Brandschutzbedarfsplan neben dem Rettungsdienstbedarfsplan ein weiteres durchaus gewichtiges Werk vor. Die Verwaltung habe den Entwurf des Brandschutzbedarfsplanes den Fraktionen bereits vor einigen Wochen zur fraktionsinternen Beratung zugeleitet.

Herr Brüggemann bat sodann Herrn Muermann um eine kurze wertende Stellungnahme.

Herr **Muermann** berichtete, dass die Überprüfung der Feuerwehr in Zusammenarbeit mit der Verwaltung erfolgt sei. Auf Grundlage der Richtlinien sei auch geprüft worden, ob Vorgaben (z.B. Zeitvorgaben für die Rettung von Personen) erfüllt worden sind und in Zukunft erfüllt werden können. Das Ergebnis habe gezeigt, dass die bestehende Struktur eine leistungsfähige Feuerwehr hervorgebracht habe. Die Kombination von hauptamtlichen und freiwilligen Kräften sowie der Fahrbereitschaft sei ein hervorragendes Mittel. Es werde eine sehr gute Zielerreichungsquote erreicht. Der Personalstand innerhalb der Feuerwehr sei zufrieden stellend. Lücken in der freiwilligen Feuerwehr, die tagsüber durch den Ausfall der Berufstätigen entstünden, seien nicht aufzufüllen. Hier sei tagsüber eine Verstärkung mit hauptamtlichen Kräften und einem entsprechenden Ausgleich nachts durch freiwillige Einsatzkräfte ein geeignetes Instrument. Das Durchschnittsalter der Einsatzkräfte betrage 35 Jahre. Allerdings gebe es nur wenig weibliche Kräfte. Hier müsse aber auch gesehen werden, dass die Gerätehäuser noch nicht an allen Standorten umgebaut werden konnten.

Herr Muermann unterstrich, dass die Jugendarbeit eine hohe Priorität genieße. Mit 80 Jugendlichen habe Kamen kreisweit die größte Jugendfeuerwehr. Es werde eine sehr gute Jugendarbeit betrieben.

Die Fahrzeugausstattung, so Herr Muermann weiter, sei derzeit ausreichend. Änderungen im Stadtgebiet könnten Anschaffungen erforderlich machen. So werde bei Renaturierung der Seseke ein Boot bzw. bei der Gleiszuständigkeit ein Geländefahrzeug anzuschaffen sein.

Abschließend sagte Herr Muermann, dass der Erreichungsgrad von 90 % als sehr gut anzusehen sei. Aufgrund der Entfernung zwischen Feuerwehrhaus und Einsatzort seien 100 %, z.B. Schillerstraße, nicht zu erzielen. Als positiv wirke sich aber eine Änderung der Ausrückebereiche in anderen Wohngebieten, z.B. Lüner Höhe, aus.

Herr **Hupe** bezeichnete den Brandschutzbedarfsplan als beispielhaft. Das Ergebnis belege die gute Zusammenarbeit zwischen der hauptamtlichen und der freiwilligen Feuerwehr. Erfreulich sei, dass im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Einsätze auch stadtteilübergreifend erfolgen. Herr Hupe dankte der Feuerwehr für die gute Arbeit.

Auf die Frage von Herrn **Kissing** bezüglich der Drehleiterpflicht, antwortete Herr **Muermann**, dass diese für Gebäude gelte, die eine bestimmte Höhe überschreiten.

Herr **Hasler** dankte der Feuerwehr für die Erstellung des Brandschutzbedarfsplanes in eigener Regie. Das Ergebnis sei ausgezeichnet. Als positiv nannte Herr Hasler ferner die stadtteilübergreifende Arbeit und auch die angedachte Änderung der Organisationsstrukturen, z.B. Arbeitszeiten. Die Jugendarbeit sei hervorragend. Der Fuhrpark sei derzeit gut ausgestattet. Da die Förderung in Zukunft aber nicht mehr zielgerecht sei, sollte zumindest ein Teil der Pauschale in eine Sonderrücklage fließen.

Herr **Stahlhut** unterstrich den Dank an die Feuerwehr. Als wertvoll und wichtig sei insbesondere auch die Jugendarbeit anzusehen. Leider sei festzustellen, dass viele Arbeitgeber über die freiwilligen Einsätze der Feuerwehrleute nicht erfreut seien. Hier sollte über Lösungen, z.B. steuerliche Vorteile, nachgedacht werden.

Beschlussempfehlung:

1. Der von der Arbeitsgruppe „Brandschutzbedarfsplan“ der Feuerwehr Kamen am 11.04.2002 aufgestellte Brandschutzbedarfsplan der Stadt Kamen wird beschlossen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die sich aus diesem Plan ergebenden baulichen und technischen Entwicklungen in die weiteren Finanzplanungen aufzunehmen und die Realisierung mittelfristig zu organisieren. Hinsichtlich der personellen Besetzung der hauptamtlich besetzten Feuer- und Rettungswache (Bereich Feuerwehr) ist das Einvernehmen mit der Bezirksregierung herzustellen.

3. Der Leiter der Feuerwehr wird beauftragt, die Ausrückebereiche entsprechend dem Planerfordernis festzulegen.

4. Der Leiter der Feuerwehr wird beauftragt, die Alarm- und Ausrückordnung in der Zielsetzung des Bedarfsplanes in Abstimmung mit dem Kreisbrandmeister und dem Leiter der Feuerwehr Bönen zu erstellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

125/2002 Innenstadtmarketing-Konzept "Kamen City 2010"

Herr **Sostmann** betonte zunächst, dass das Innenstadtmarketing selbstverständlich eine Daueraufgabe sei und im Jahre 2010 nicht zu Ende sein könne. Das Konzept trage den Namen “Kamen City 2010“, da die Handlungsempfehlungen bis zum Jahr 2010 ausgelegt seien. Herr Sostmann erinnerte an die Vorstellung des Konzeptes in der Ratssitzung vom 13.12.2001 durch die beauftragte Firma GMA, Frau Sobotta. Seitens der GMA werde empfohlen, zunächst die Ausführungs- und Gestaltungsplanung für die Wohnumfeldmaßnahme vorzunehmen und ein Baustellen-

marketing zu installieren. Die bisherige Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Akteuren in der Stadt Kamen sollte weiterhin bestehen bleiben.

Die Verwaltung schlage vor, die bestehende Projektgruppe als zukünftige Lenkungsgruppe, die den weiteren Prozess steuert, einzusetzen. Das erarbeitete Leitbild sollte politisch abgestimmt und als Grundlage für den weiteren Entwicklungsprozess genutzt werden. Ein Fachunternehmen sollte mit der Entwicklung eines Leitslogans beauftragt werden. Die Gestaltungsplanung für die Wohnumfeldmaßnahme solle im Rahmen eines Wettbewerbes vergeben werden.

Der Maßnahmenkatalog, so Herr Sostmann weiter, gliedere sich nach Handlungsfeldern. Seitens der Verwaltung werde daher ferner vorgeschlagen, zusätzlich zu der Lenkungsgruppe drei weitere Arbeitskreise einzurichten. Damit sollen die Bereiche Verkehr, Kultur, Sport und Veranstaltungen sowie Einzelhandel/Gewerbe abgedeckt werden.

Anhand von Folien zeigte Herr Sostmann den Verfahrensverlauf für die Maßnahmen, die Zusammensetzung und Aufgaben der Lenkungsgruppe sowie der Arbeitsgruppen auf.

Abschließend machte Herr Sostmann deutlich, dass Stadtmarketing die Bearbeitung eines Marktes sei, um das Produkt Stadt als Ganzes zu verkaufen. Dazu müsse die Qualität des Produktes Stadt gesteigert werden. Um das zu erreichen, sollte der Prozess “Stadtmarketing City 2010“ unbedingt fortgeführt werden.

Herr **Hupe** legte dar, dass sich die SPD-Fraktion intensiv mit dem Konzept befasst habe und dem Leitbild zustimme. Kamen müsse als Einkaufsstadt einen hohen Wert haben und ihre Attraktivität noch steigern. Auf der anderen Seite genieße auch die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger einen hohen Stellenwert. Folgerichtig sei auch, fachlichen Sachverstand zu nutzen und ein Fachunternehmen mit der Entwicklung eines Leitslogans zu beauftragen.

Herr **Kissing** stimmte den Ausführungen von Herrn Sostmann zum Stadtmarketing zu. Wichtig sei, dass das Konzept realistische Ziele formuliere. Die CDU-Fraktion schlage vor, den Leitslogan nicht nur durch ein Fachbüro, sondern auch durch einen Ideenwettbewerb entwickeln zu lassen. Darüber hinaus solle der Vorsitzende des Straßenverkehrsausschusses in der Lenkungsgruppe mitwirken.

Zur Besetzung der Arbeitsgruppen schlug Frau **Schneider** Ergänzungen vor. So sollten in der Arbeitsgruppe Verkehr auch die Radfahrer (z.B. ADFC), in der Arbeitsgruppe Kultur die Musiker (z.B. LAUT & LÄSTIG e.V.) und in der Gruppe Einzelhandel/Gewerbe die Verbraucher (z.B. Verbraucherzentrale) vertreten sein. Frau Schneider befürchtete allerdings eine Verlängerung der einzelnen Prozesse durch die zusätzlichen Arbeitsgruppen.

Herr **Sostmann** erklärte, dass bei anstehenden Fragen ohnehin der Sachverstand eingefordert und Vertreter der genannten Gruppen eingeladen würden.

Dieses Verfahren wurde von Frau **Schneider** akzeptiert.

Die FDP-Fraktion unterstütze das Konzept ebenfalls, sagte Herr **Bremmer**. Allerdings sollte der Leitslogan im Rahmen eines Bürgerwettbewerbes entwickelt und auf ein Fachbüro ganz verzichtet werden. Bei einem negativen Ergebnis könne der Auftrag immer noch erteilt werden.

Herr **Sostmann** wies darauf hin, dass die GMA aufgrund ihrer Erfahrungen für die Entwicklung des Slogans von einer Bürgerbeteiligung abrate.

Herr **Ebbinghaus** äußerte die Hoffnung, dass durch die Einbringung des Sachverstandes und eine breite Bürgerbeteiligung die Besucherzahl in der Stadt auch ansteigen werde.

Sodann ließ Herr **Erdtmann** über den Vorschlag von Herrn Bremmer abstimmen.

Der Vorschlag wurde einstimmig abgelehnt.

Zu den Vorschlägen der CDU-Fraktion führte Herr **Hupe** aus, dass die SPD-Fraktion die Ziff. 3 des Beschlussvorschlages nicht verändern wolle. Der Mitwirkung des Vorsitzenden des Straßenverkehrsausschusses in der Lenkungsgruppe stimme sie zu.

Die Frage von Herrn **Bremmer**, ob das Fachbüro im Hinblick auf die Haushaltsmittel noch in diesem Jahr beauftragt werden könne, wurde von Herrn **Flaskamp** bejaht.

Der Vorschlag von Herrn **Hupe**, über den Beschlussvorschlag unverändert abzustimmen, jedoch mit dem zu beauftragenden Fachbüro das Thema Bürgerbeteiligung zu besprechen, wurde einvernehmlich angenommen.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt dem unter Sachverhalt und Begründung dargestellten Gesamtkonzept für das zukünftige Innenstadtmarketing zu.

2. Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt dem Leitbild, wie im GMA-Bericht ausgeführt, zu.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, durch ein Fachunternehmen einen Leitslogan entwickeln zu lassen. Die notwendigen Haushaltsmittel werden im Haushaltsjahr 2003 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

94/2002 Erlass einer Satzung über die Veränderungssperre Nr. 9 im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 68 Ka "Im Grund"

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 4.

121/2002 Bebauungsplan Nr. 19 Ka-Me "Lindenallee / Westicker Straße"
hier: Satzungsbeschluss

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 5.

122/2002 Bebauungsplan Nr. 67 Ka "Schattweg"
hier: Satzungsbeschluss

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 6.

91/2002 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 68 Ka "Im Grund"
hier: Aufstellungsbeschluss

Auf die Frage von Herrn **Schneider,** ob die Veränderungssperre auch Nutzungsänderungen betreffe, antwortete Herr **Flaskamp**, dass die Sperre noch keine Festlegung für den aufzustellenden Bebauungsplan sei und zunächst lediglich die Planungsabsichten sichern solle.

Ergebnis des Mitwirkungsverbotes nach § 31 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.03.2002)

Es erklärte sich kein Ausschussmitglied für befangen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Kamen beschließt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 68 Ka „Im Grund“ gem. § 2 (1) BauGB und beauftragt die Verwaltung mit der Planerarbeitung sowie der Durchführung des Verfahrens.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 7.

100/2002 Jahresabschluss und Lagebericht der Stadtentwässerung Kamen für das Wirtschaftsjahr 2001

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 8.

110/2002 Jahresabschluss der Städtischen Sparkasse Kamen zum 31.12.2001

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 9.

109/2002 Entlastung der Organe der Städt. Sparkasse Kamen für das Geschäftsjahr 2001

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 10.

138/2002 Jahresabschluss der TECHNOPARK KAMEN GmbH zum 31.12.2001

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 11.

139/2002 Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung der TECHNOPARK KAMEN GmbH

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 12.

115/2002 Beteiligung der Gemeinden zur Krankenhausfinanzierung des Landes
hier: Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe

Herr **Kissing** befürchtete, dass sich die Entwicklung, die Kommunen immer mehr zu belasten, fortsetzen werde. Die CDU-Fraktion stimme der außerplanmäßigen Ausgabe nur aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung zu. Seine Fraktion sei eigentlich für Pauschalen eingetreten. Allerdings habe sich bei der Schulpauschale gezeigt, dass hiermit auch Kürzungen verbunden sind.

Herr **Hupe** sah die Zahlung als ärgerlich, aber aufgrund der Planung im Gemeindefinanzierungsgesetz als nicht überraschend an. Wie sich abzeichne, werde die Gemeindefinanzreform auch nicht zu nennenswerten Entlastungen der Kommunen führen. Pauschalierungen seien nur in Verbindung mit Förderungen sinnvoll.

Bei der Beteiligung sollte berücksichtigt werden, ob die Kommunen die Infrastruktur auch vorhielten, sagte Herr **Hasler**. Pauschalen seien dann günstiger, wenn diese auch ausreichend bemessen seien.

Die Pauschalierung sei immer gewollt gewesen, stellte Herr **Erdtmann** fest. Sie gestalte sich ohne eine Übergangslösung aber als schwierig.

Herr **Hupe** war der Auffassung, dass bei nicht auskömmlichen Pauschalen eine Vorgriffsfinanzierung gefordert werden sollte. Die Heranziehung der Einwohnerzahl bei der Beteiligung der Gemeinden zur Krankenhausfinanzierung des Landes hielt er für einen gerechten Schlüssel.

Herr **Bremmer** kritisierte den zeitlichen Ablauf, da die Beteiligung der Stadt Kamen im laufenden Haushaltsjahr erst durch Bescheid vom 28.05.2002 festgesetzt worden sei. Das Verfahren sei nicht tragbar.

Bezogen auf den Deckungsvorschlag fragte Herr **Lehmann** an, aus welchen Gründen die Verwaltung die Errichtung der Hauptschule kostengünstiger einschätze.

Herr **Flaskamp** machte deutlich, dass die Kosten für die Errichtung der Hauptschule nicht günstiger, aber in diesem Jahr nicht in voller Höhe kassenwirksam würden.

Durch die Finanzierung über den Vermögenshaushalt, so Herr **Hasler**, verschulde sich die Stadt Kamen für diesen Finanzierungsbeitrag.

Beschlussempfehlung:

Bei der Hhst. 510.98100 - Beteiligung zur Krankenhausfinanzierung des Landes - wird eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 210.203,38 Euro genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 13.

130/2002 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für die Anschaffung eines Kommandowagens der Feuerwehr
hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

Beschlussempfehlung:

Die nachfolgende gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW getroffene Dringlichkeitsentscheidung wird gem. § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NRW genehmigt:

Bei der Haushaltsstelle 130.93520 - Erwerb eines Kommandowagens der Feuerwehr - werden außerplanmäßig 27.000,00 € zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 14.

102/2002 Haushaltsbewirtschaftungsmaßnahme Verwaltungshaushalt 2002
hier: Auszahlung Zuschüsse 2002

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Beratung und Beschlussempfehlung an den Rat verwiesen.

Zu TOP 15.

107/2002 Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für 2003

Herr **Brüggemann** erklärte, dass die Verwaltung auf Anregung der Ratsfraktionen der SPD, CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Ausschreibung erweitern und zwei weitere Ausbildungsplätze für den Beruf “Straßenwärter/in“ bereitstellen werde.

Der Zwiespalt zwischen der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Übernahmemöglichkeiten der Auszubildenden nach Beendigung ihrer Ausbildung werde gesehen, sagte Frau **Dyduch**. Die Stadt Kamen gebe

mit ihrem Beitrag aber seit vielen Jahren ein gutes Beispiel dafür ab, was geleistet werden könne. Frau Dyduch fragte die Verwaltung nach ihrer Einschätzung für den Eingang von qualifizierten Bewerbungen, insbesondere auch im Hinblick auf die erweiterte Stellenausschreibung.

Herr **Brüggemann** informierte, dass die Verwaltung Kontakt mit den Schulen aufnehmen und in den Schulen werben werde. Darüber hinaus gibt es vielleicht noch die Möglichkeit über Trägerangebote.

Herr **Hasler** sprach die anstehende Änderung im kommunalen Haushaltsrecht an. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden durch Fortbildungsmaßnahmen qualifiziert. Daneben sollten auch Ausbildungsplätze geschaffen werden, die in die betriebswirtschaftliche Fachrichtung gingen.

Verwaltungsmitarbeiterinnen und –mitarbeiter seien auf die Änderung vorbereitet, bestätigte Herr **Erdtmann**. Bei den Auszubildenden in den Verwaltungsberufen beinhalte der Ausbildungsplan das kommunale Haushaltsrecht. Die Ausbildungsstelle “Inspektoranwärter/in“ werde im Studiengang Betriebswirtschaftslehre ausgeschrieben.

Frau **Schneider** begrüßte die zusätzlichen Ausbildungsplätze für den Beruf “Straßenwärter/in“.

Zu TOP 16.

Anregungen und Beschwerden

Zu TOP 16.1

127/2002 Bürgeranregung auf Ergreifung von Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in der Straße "Ostenfeldmark"

Herr **Bremmer** fragte im Hinblick darauf, dass die nächste Sitzung des Straßenverkehrsausschusses erst im November terminiert sei, an, ob eine Entscheidung nicht früher getroffen werden könne.

Die Bürgeranregung erfordere von ihrem Inhalt her eine umfassende Beteiligung, z.B. von Anliegern und Landwirten, antwortete Herr **Brüggemann**. Insofern sei eine zeitnahe Entscheidung ohnehin nicht möglich.

Beschluss:

Die Anregung des Herrn Norbert Sütering, Ostenfeldmark 3, 59174 Kamen, und weiterer Anwohner der Anwesen Ostenfeldmark 2, 3, 4 und 6 auf Ergreifung von Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung in der Straße „Ostenfeldmark“ wird zur Beratung und Beschlussfassung an den Straßenverkehrsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 16.2

137/2002 Bürgeranregung auf Ergreifung von vorläufigen Maßnahmen zum Schutz von Fußgängern auf der Straße "Schattweg"

Beschluss:

Die Bürgeranregung der Frau Lucie Steinhoff, Schattweg 67, 59174 Kamen, und weiterer Anwohner des Schattweges auf Ergreifung von vorläufigen Maßnahmen zum Schutze des Fußgängerverkehrs auf der Straße "Schattweg", Teilbereich zwischen Gießerstraße und Straße "Grafenwald" wird zur Beratung und Beschlussfassung an den Straßenverkehrsausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 16.3

129/2002 Beseitigung von Gefahrenstellen an Radfahrwegen sowie Rückschnitt an Bäumen und Gehölzen

Beschluss:

Die Anregungen 1 und 2 a und 2 b des Herrn Wolfgang Nitschke, Am Ufer 9, 59174 Kamen, auf Beseitigung von Gefahrenstellen an Radfahrwegen wird zur Beratung und Beschlussfassung an den Straßenverkehrsausschuss verwiesen.
Soweit sich die Anregung auf den fachgerechten Rückschnitt von Bäumen und Gehölzen bezieht (3), wurde der zuständige Fachbereich 70 eingeschaltet.
Durch dessen Stellungnahme hat dieser Teil der Anregung für Bäume und Sträucher in kommunaler Pflege seine Erledigung gefunden.
Bezüglich Pflegemaßnahmen von überörtlichen Trägern wird eine Kopie der Anregung entsprechend weitergeleitet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 16.4

132/2002 Bürgeranregung auf Betreuung von Grundschulkindern nach der Randstundenbetreuung

Beschluss:

Die Anregung der Eheleute Elke und Martin Altena, Heerener Str. 43, 59174 Kamen, auf Ergreifung von Maßnahmen zur Betreuung von Grundschulkindern nach der Randstundenbetreuung im Einzugsgebiet der Südschule wird zur Beratung und Beschlussfassung an den Schul- und Sportausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 17.

Müllentsorgung in Kamen ab dem Jahre 2003

Die Tagesordnungspunkte A. 17.1 und A. 17.2 wurde zusammen behandelt.

Zu TOP 17.1

Bericht der Verwaltung

Herr **Brüggemann** berichtete, dass die Verwaltung den Vertrag mit der Firma Welge nach einer Laufzeit von einer Reihe von Jahren gekündigt habe, um evtl. Änderungen herbeiführen zu können. Ein Ausschreibungsverfahren sei wegen eines möglichen Angebotes der GTL nicht betrieben worden. Die Konstruktion sei intensiv erörtert worden und man sei davon überzeugt, dass dieser Einstieg des Kreises Unna in die Hausmüllsammlung formal zulässig sei. Damit sei die von allen gewünschte Entsorgungssicherheit in zuverlässigen und im operativen Geschäft wegen der Ortsnähe zu steuernden Strukturen zum Wohle von Kommune und Bürgern herzustellen. Die Gespräche seien noch nicht abgeschlossen. Ein konkreter, ausformulierter Vertragsentwurf liege nicht vor. Vor dem Hintergrund der Vertragskündigung mit der Firma Welge seien jedoch Eckpunkte einer abfallwirtschaftlichen Kooperation mit der GTL vorgelegt worden. Die Fraktionen der SPD, CDU und die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN seien durch die Verwaltung umfassend über den aktuellen Sachstand informiert worden. Eine Informationsrunde mit der FDP sei durch das Telefonat des Kämmerers mit dem Fraktionsvorsitzenden der FDP unter Nennung des Tagesordnungspunktes in der letzten Woche für diese Woche terminiert worden, habe aber wegen Erkrankung des Kämmerers nicht stattfinden können. Außerdem stehe noch die Information der BG-Fraktion aus.

Herr Brüggemann führte weiter aus, dass ein mögliches Angebot der GTL einen entsprechenden Kreistagsbeschluss und vorlaufend einen Beschluss des Aufsichtsrates der VBU voraussetze. Ein entsprechender Aufsichtsratsbeschluss sei am 25.06.2002 nicht durchgeführt worden, da sich nach den hier vorliegenden Informationen der Landrat vorher entschieden habe, die am 01.07.2002 vorgesehene Parallelentscheidung des Kreistages wegen weiteren Beratungsbedarfs von der Tagesordnung zu nehmen. Aber, unterstrich Herr Brüggemann, wenn das GTL-Modell unter der notwendigerweise vorlaufenden Kreisentscheidung noch angeboten werden sollte, werde dieses Angebot in Kamen parlamentarisch zu beraten sein. Die Verwaltung halte das GTL-Modell für tragfähig, habe eine Option offen gehalten und wolle diese Option, den GTL-Weg zu gehen, auch weiter offen halten. Nunmehr sei abzuwarten, ob der Kreis und die Kreisstrukturen mit entsprechenden Beschlüssen einen Angebotsweg öffnen. Das bedeute, dass die Möglichkeit eines Vertragsabschlusses nicht gegeben sei, wenn derartige Kreisbeschlüsse nicht erfolgen. Damit stelle sich die Frage, ob die Verwaltung das Ausschreibungsverfahren, das wegen des GTL-Angebotes allerdings nicht weiter verfolgt worden sei, noch mit entsprechender Zeitachse organisieren könne. Andernfalls werde die Kündigung gegenüber der Fa. Welge zurückzunehmen sein. Zur Stunde heiße das, dass zunächst abzuwarten ist, ob das GTL-Modell noch trägt.

Herr **Bremmer** bestätigte das vom Kämmerer zugesagte Gespräch und kritisierte gleichzeitig, dass die Information erst auf Anforderung erfolgen sollte. Die FDP-Fraktion halte das GTL-Modell für nicht tragfähig, da dem städt. Haushalt über Müllgebühren insges. ca. 1,6 Mio. € zufließen sollen.

Die Fraktionen würden selbstverständlich informiert, betonte Herr **Erdtmann**. Allerdings müssten Angelegenheit zunächst auch informationsreif sein.

Herr **Lehmann** bemängelte die fehlende Information seiner Fraktion.

Herr **Brüggemann** stellte richtig, dass hinsichtlich der Zeitachse zunächst Gespräche mit den großen Fraktionen stattgefunden hätten. Eine vorrangige Information der BG-Fraktion könne nicht erwartet werden.

Die Möglichkeit der Müllentsorgung durch die GTL sei doch nicht neu, erklärte Frau **Schneider**. Ihre Fraktion begrüße grundsätzlich das Angebot. Zunächst müsse aber die Diskussion im Kreistag geführt werden.

Herr **Kissing** wies ebenfalls auf die Zuständigkeit des Kreistages hin. Er gehe davon aus, dass das GTL-Modell obsolet sei, da es keinen entsprechenden Aufsichtsratsbeschluss gebe und die Angelegenheit auch nicht in der nächsten Kreistagssitzung behandelt werde. Im Raum stehe zudem noch die Einführung der blauen Papiertonne.

Die Frage der kommunalen wirtschaftlichen Betätigung werde sich noch häufiger stellen, so Herr Kissing weiter. Dies gelte auch für die wirtschaftliche Erledigung im Rahmen der Daseinsvorsorge. Die Politik sei auf der Suche nach dem rechten und richtigen Weg. Die CDU-Fraktion sei für Lösungen offen.

Die FDP habe sich an die Öffentlichkeit gewandt, sagte Herr **Bremmer**, als die Angelegenheit noch auf der Tagesordnung des Kreistages gestanden habe, um die unterschiedlichen Auffassungen deutlich zu machen.

Herr **Erdtmann** unterstrich, dass er als Bürgermeister gehalten sei, oftmals auch nichtöffentliche Gespräche, aber immer Gespräche zugunsten der Bürgerinnen und Bürger zu führen. Von den Zahlungen der GTL hätte der Bürger profitiert.

Herr **Hupe** stimmte im Hinblick auf die Chancen zu § 107 GO mit Herrn Kissing überein. Es sei zunächst geboten, die Einnahmen der Stadt zu verbessern und dies sei auch nicht unmoralisch. Die Zahlungen der GTL seien Gewinne der GWA und stammten nicht aus Gewinnen der Müllgebühren.

Herr Hupe bezeichnete die Reaktion der FDP als heuchlerisch und nicht nachvollziehbar, da sie andererseits dem Kreishaushalt zugestimmt habe. Er verwahrte sich dagegen, dass Ratsmitglieder in ehrenrühriger Weise angegangen würden.

Die SPD-Fraktion werde offenbleiben, so Herr Hupe weiter, für die Ausschreibungspraxis und auch für die Zusammenarbeit mit der GTL. Es gebe keine einseitige Bewertung. Der Monopolbegriff sei verfehlt, da ein künftiger Vertrag ebenso wie der bisherige Vertrag eine Ausstiegsklausel beinhalten werde.

Herr **Hasler** verwies auf § 107 Abs. 2 GO, wonach der Betrieb von Einrichtungen der Abfallentsorgung nicht als wirtschaftliche Betätigung gelte. Die Müllentsorgung sollte ausgeschrieben werden und der Bürger an möglichen Einsparungen teilhaben.

Bei der Müllentsorgung stehe neben der wirtschaftlichen auch die soziale und ökologische Verantwortung, machte Frau **Schneider** deutlich.

Herr **Bremmer** wies den Vorwurf der ehrenrührigen Behauptungen zurück. Die Veröffentlichungen in der Presse seien keine Pressemitteilung der Kamener FDP-Fraktion. Angesichts der Vorfälle in Köln erfordere das Müllthema einen sensiblen Umgang. Die FDP habe kritisiert, dass der Gewinn aus der Auftragsvergabe für die Müllentsorgung komme.

Die Bitte von Herrn **Lehmann** auf allgemeine nähere Erläuterungen zur GTL verwies Herr **Erdtmann** in die Fraktionssitzung.

Herr **Kissing** sagte, dass das GTL-Modell nicht unbedingt das einzig richtige sei und noch viele Fragen offen lasse. Die Bewertung müsse vom Gremium erfolgen. Der Wettbewerb solle nicht außer acht gelassen werden. Frage sei, wie man diesen organisiere. Deutlich geworden sei, dass die MVA große Gewinne mache und sich die Frage nach einem möglichen Rückfluss in die Kommunen stelle.

Herr **Hupe** richtete an Herrn Bremmer die Bitte, auf der Kreis- und Stadtebene eine Parteilinie zu entwickeln. Die Diskussionen über die rechtliche Zulässigkeit von Gewinnen sollten künftig sachlich geführt werden.

Zu TOP 17.2

Antrag der FDP-Fraktion

siehe TOP A. 17.1

Zu TOP 18.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

<u>Mitteilungen</u>

1. Herr **Flaskamp** teilte mit, dass im Rahmen der Agenda 21 Aktionswoche NRW am 07.07.2002 eine Fahrrad-Sternfahrt im Kreis Unna stattfinde. Bei Interesse bat er, sich an den Fachbereich 61 zu wenden.

2. Herr **Flaskamp** nahm weiter bezug auf die Anfrage von Herrn Kissing in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 19.03.2002 bezüglich des Radweges an der Werver Mark (L 665). Der zuständige Straßenbauträger Landesbetrieb Straßen NRW beabsichtige, den Ausbau eines Geh-Radweges an der Werver Mark von der Straßenmeisterei in Bönen über die im Ausbau befindliche Sesekebrücke bis zur Wasserstraße unmittelbar nach Fertigstellung des Brückenbauwerks durchzuführen. Sollte die in NRW verfügte Haushaltssperre den Ausbau nicht zulassen, dann solle der Geh-Radweg im Haushaltsjahr 2003 ausgebaut werden.

Bezogen auf die Baumaßnahme des Lippeverbandes im Bereich des Werver Platzes erklärte Herr Flaskamp, dass der Straßenzustand des Werver Platzes dokumentiert sei und laufend überwacht werde.

3. Herr **Flaskamp** informierte, dass am 25.06.2002 unter seiner Moderation die erste Gesprächsrunde zum Thema “Fritz-Erler-Straße“ stattgefunden habe. Teilnehmer seien Vertreter der katholischen und evangelischen Kirche, der Islamischen Union, der RAA, Rechtsanwalt Herr Gercek, der Zivilcourage, der Vorsitzende des Ausländerbeirates und der Verwaltung gewesen. Das Gespräch sei in einer guten Atmosphäre geführt worden. Auch gegenüber der Islamischen Union sei klar zum Ausdruck gebracht worden, dass Kritik keine Frage von Nationalität und keine Ausländerfeindlichkeit sei. Der Vorsitzende der Islamischen Union wolle sich überlegen, bestimmte Ausdrücke evtl. zurückzunehmen.

   Vorrangiges Thema sei die Frage gewesen, so Herr Flaskamp, wie der Konflikt entschärft und die Situation auf ein Normalmaß zurückgeführt werden könne. Aus eigener Beobachtung habe er festgestellt, dass es bei der Reinigung bereits Initiativen gebe. Zur Reduzierung des Lärmpegels werde überlegt, innerhalb der Teestube evtl. ein Raucherzimmer einzurichten.

   Vor der nächsten Gesprächsrunde werde er zunächst ein Gespräch mit dem Vorstand der Islamischen Union haben. Von allen Vertretern sei die Teilnahme der Siedlergemeinschaft gewünscht worden. Einvernehmen habe auch darüber bestanden, künftige Gesprächsrunden nichtöffentlich zu gestalten. Es sei festgestellt worden, dass die Situation in der Presse unterschiedlich dargestellt worden sei. In einer Tageszeitung erfolge die Berichterstattung konsenssuchend, während eine andere eher konfliktfördernd berichte. Herr Flaskamp appellierte an alle Beteiligten, verbale Entgleisungen zu vermeiden. Im vernünftigen sachlichen Umgang miteinander sehe er die Chance, einvernehmlich zu Lösungen zu kommen.

4. Herr **Sostmann** teilte mit, dass die Deutsche Post AG seitens der Verwaltung um Überprüfung des Postfilialnetzes in der Stadt Kamen gebeten worden sei. Es bestünden unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Auslegung der Bestimmungen des § 2 Post-Universaldienstleistungsverordnung. Die Verwaltung sei der Auffassung, dass es sich bei den dort angegebenen Entfernungsmetern nicht um die Luftlinie handelt, sondern dass hier die tatsächliche Wegeverbindung gemeint sei. Unabhängig hiervon sei auch nicht gewährleistet, dass alle Kamener Postkunden eine stationäre Einrichtung in 2000 m Entfernung erreichen können.

Anfragen

1. Frau **Schneider** bezog sich auf die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses und fragte nach dem aktuellen Sachstand für die Sprachkurse der Migrantenkinder.

   Herr **Brüggemann** berichtete, dass der Landschaftsverband Westfalen-Lippe durch Rundschreiben – eingegangen am 06.06.2002 bei der Stadt Kamen – die Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Angebote zur Sprachförderung bekannt gegeben habe. Am 07.06.2002 habe der Fachbereich 50.1 die Kindertageseinrichtungen mit einem hohen Anteil an ausländischen Kindern angeschrieben. Aufgrund der Ergebnisse sei am 26.06.2002 die Förderung für 15 Gruppen im Bereich der Kindertageseinrichtungen beantragt worden.

2. Herr **Hupe** bat um Mitteilung des Sachstandes über die von seiner Fraktion beantragte Querungshilfe auf der Lindenallee.

   Herr **Brüggemann** erklärte, dass der Landesbetrieb Straßenbau zur Schulwegsicherung eine Fußgängerschutzinsel auf der Lindenallee/Einmündung Straße “Am Langen Kamp“ bauen werde. Die Fahrbahn werde vorher seitens der Stadt Kamen verbreitert. Die Maßnahme wird voraussichtlich zum Ende der Sommerferien beendet sein.

3. Herr **Stahlhut** fragte an, inwieweit die Querungshilfe zur Schulwegsicherung auf der Westicker Straße realisiert werden könne.

   Auf der Westicker Straße könne eine Fußgängerschutzinsel mit einer eingeschränkten Breite gebaut werden, teilte Herr **Brüggemann** mit. Bei der Westicker Straße handele es sich um eine Kreisstraße. Vorbehaltlich der Haushaltsmittel sei eine kurzfristige Umsetzung geplant.

4. Frau **Dyduch** sprach die teilweise hohe Spontanvegetation im Stadtgebiet, z.B. Bollwerk/Schwesterngang an, und bat um Rückschnitt.

   Herr **Kaminski** erweiterte die Anregung um den Rückschnitt der Vegetation an Radwegen.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

gez. Erdtmann
Bürgermeister

gez. Lantin
Schriftführer